

Haushaltsrede
zur Einbringung des Haushaltes 2012
am 13. Dezember 2012

Bürgermeister Paul Hermreck

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Verler Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren des Rates!

Ich will heute Abend gleich die frohe Botschaft an den Anfang meiner Ausführungen zum Haushaltsjahr 2013 stellen. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist nach wie vor ausgezeichnet und wir empfehlen Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, die Steuern und Abgaben auch im Kalenderjahr 2013 auf konstant niedrigem bürgerfreundlichem Niveau zu belassen. Sollten Sie, meine Damen und Herren, dem Vorschlag der Verwaltung folgen, können wir zum 01.01.2013 ein Jubiläum feiern. Denn seit dem 01.01.2003 sind unsere Steuersätze unverändert auf diesem niedrigen Niveau. Auch auf die Einführung mehr oder minder sinnvoller neuer Steuerarten, mit denen sich viele andere Kommunen über Wasser zu halten versuchen, können wir zurzeit ruhigen Gewissens verzichten.

Und das ist gut so. Denn unsere bürger- und gewerbefreundlichen Steuersätze sind ein unbestrittener Standortvorteil.

Die Verler Bürger haben nach wie vor einen echten Mehrwert davon, dass ihre Stadt über einen so guten finanziellen Status verfügt. Mancher Euro und mancher Cent bleiben im Portemonnaie unserer Bürger, während andernorts diese Gelder in die öffentlichen Kassen fließen.

Worauf ist nun aktuell dieser gute finanzielle Status unserer Stadt zurückzuführen? Lassen Sie mich zur Beantwortung dieser Frage noch einen kurzen Blick zurück auf das Jahr 2012 werfen.

Bei der Einbringung des Haushalts waren wir noch von einem Defizit in Höhe von ca. 2,6 Mio. EUR ausgegangen. Tatsächlich können wir aller Voraussicht nach das Jahr 2012 weitaus positiver abschließen und unsere Liquidität noch deutlich erhöhen.

Der Grund hierfür liegt eindeutig in der nach wie vor ungebrochen kräftig sprudelnden Gewerbesteuer, die unsere tüchtigen und erfolgreichen Unternehmen in unsere Kasse fließen lassen.

Bei der Fortschreibung des Haushaltsansatzes für die Gewerbesteuer 2012 in Höhe von 33,0 Mio. EUR waren wir schon optimistisch gestimmt. Tatsächlich werden in diesem Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit mehr als 40,0 Mio. EUR zu verbuchen sein; ein fantastisches Ergebnis, um das uns viele andere Kommunen beneiden.

Wir brauchen daher auch nicht unsere Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen, geschweige denn irgendeine Kreditaufnahme zu tätigen, um den Haushalt 2013 zu realisieren. Ganz im Gegenteil: Die Stadt Verl kann alle zurzeit angedachten Projekte – wenn wir vom heutigen Stand der Dinge ausgehen – einzig und allein mit eigenen finanziellen Mitteln realisieren.

Und vor einigen Tagen erreichte uns noch eine weitere „frohe Botschaft“. Der Betrieb Straßen NRW informierte uns darüber, dass er noch in diesem Jahr der Stadt Verl 3,95 Mio. EUR für die vorfinanzierte Nord-Ost-Umgehung überweisen will.

Zur Erinnerung:

Ursprünglich war vereinbart worden, dass die für die Nord-Ost-Umgehung benötigten Investitionsmittel in Höhe von 4,2 Mio. EUR beginnend mit dem Jahr 2013 in vier Raten zurück gezahlt werden sollen.

Nun fließt ein großer Teil schon jetzt wieder in unsere Kasse. Der Restbetrag soll nach erfolgter Schlussabrechnung ebenfalls zeitnah ausgezahlt werden.

Einschließlich der Zahlung des Betriebes Straßen NRW werden wir aller Voraussicht nach zum Jahreswechsel über eine Liquidität von weit über 60,0 Mio. EUR verfügen.

Voreilig gesehen, könnte man jetzt zu dem Schluss kommen, dass diese ausgezeichnete Liquidität ein hervorragendes Ruhekitzen für die nächsten vor uns liegenden Jahre sein wird, und die Stadt Verl sich generell all das leisten kann, was sich ihre Bürger wünschen.

So zu denken, ist aber - und das liegt auf der Hand - mehr als fahrlässig. Denn die Welt um uns herum verändert sich in einem rasanten Tempo, und keiner von uns kann auch nur annähernd seriös voraussagen, wo wir bei solchen Turbulenzen zum Ende des nächsten Jahres stehen werden.

Hier gilt es zunächst einmal, die desaströse internationale Finanz- und Arbeitsmarktsituation global zu betrachten. Leider ist nicht überall mit Geld so sorgfältig umgegangen worden wie bei uns in Verl.

So etwa im Süden Europas, wo fahrlässig über Jahrzehnte hinweg ständig mehr Geld ausgegeben wurde als zur Verfügung stand. Wohin so eine Politik führt, wird uns jetzt dramatisch vor Augen geführt.

Die Staaten, in denen so gewirtschaftet wurde, sind nur noch beschränkt handlungsfähig und dringend auf fremde Hilfe angewiesen. Die Wirtschaft kollabiert in diesen Ländern, und die Bevölkerung leidet unter hoher Arbeitslosigkeit und Verelendung. Soziale Sicherungssysteme stehen vor dem Bankrott.

Um zu retten, was nicht mehr zu retten ist, spülen die Zentralbanken Geld ohne Ende in den Markt, was dazu führte, dass sich die Zinsen in Europa auf einem historischen Tiefstand befinden.

Eine derartige Politik des billigen Geldes wird auf lange Sicht nicht zu halten sein. Es wird sich noch als fatal herausstellen, dass Europa zunehmend die Mechanismen des Marktes außer Kraft setzt. Es droht die Gefahr, dass die Hilfspakete verpuffen, gleichzeitig die Retter aber destabilisiert werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass niemand davon spricht, dass zum Beispiel im Norden Europas die Situation eine ganz andere ist. Dort sind die staatlichen Haushalte in Ordnung und die Wirtschaft boomt. Man hat bereits vor Jahrzehnten die Lehren aus einer zu hohen Staatsverschuldung gezogen, und mit sinnvollen Sparmaßnahmen und

intelligenteren Reformen hat man es verstanden, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen und die Situation zum Besseren zu wenden.

Aber von Europa zurück an den Ölbach. Ich habe diesen kleinen Exkurs unternommen, um Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, aufzuzeigen, wie schwierig aktuell die globale wirtschaftliche Situation einzuschätzen ist. Etwaige negative Folgen werden sich sicherlich auch bis zu uns in Verl auswirken. Wir leben schließlich nicht auf einer Insel.

Deshalb setzen wir in der Stadt Verl auch weiterhin auf ein vernünftiges wirtschaftliches Wachstum. Denn wir benötigen auch in Zukunft Betriebe, die auf dem Gebiet unserer Stadt investieren und Arbeitsplätze schaffen. Um dies auf Dauer gewährleisten zu können, müssen wir allerdings darüber nachdenken, wie es uns gelingt, weitere Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu können. Denn die Nachfrage ist zwar erfreulicherweise lebhaft, aber unser Flächenangebot neigt sich leider langsam, aber sicher dem Ende entgegen.

Für uns ist eine bestmögliche aktive Wirtschaftsförderung das A und O. Auch unsere bisher so erfolgreichen Betriebe müssen sich immer wieder in einem schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeld behaupten, und dabei möchten wir ihnen ein guter Partner sein. Denn eins ist vollkommen klar: Es ist in erster Linie die Gewerbesteuer, die es uns finanziell ermöglicht, unsere durchaus ambitionierten und ehrgeizigen Pläne und Wünsche für die Stadt Verl und ihre Bürgerinnen und Bürger überhaupt realisieren zu können.

Ich will es noch deutlicher auf den Punkt bringen: Die Stadt Verl ist abhängig von den Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Würde diese

Quelle weniger kräftig sprudeln, könnte so manche Investition in Verl nicht realisiert werden. Wenn wir Gewerbesteuereinnahmen in der Höhe unserer Nachbarkommunen zu verzeichnen hätten, wäre der Standard, an den wir uns in den letzten Jahren immer mehr gewöhnt haben, nicht länger aufrecht zu erhalten.

Gerade an dem vor Ihnen liegenden Haushaltsplan für das Jahr 2013 wird dies mehr als deutlich.

Trotz der durchaus unsicheren wirtschaftlichen Ausgangslage schlagen wir Ihnen vor, den Ansatz für die Gewerbesteuereinnahmen von 33,0 Mio. EUR auf 35,0 Mio. EUR zu erhöhen. Wir benötigen diese Einnahmen dringend, zumal dieser Haushalt ein Defizit von ca. 9,0 Mio. EUR vorsieht.

Ich wiederhole: Ein Defizit von ca. 9,0 Mio. EUR.

Das ist nach den positiven Zahlen zu Beginn meiner Ausführungen sicherlich ein ernüchternder Betrag.

Woraus ergibt sich dieses Defizit? Hierauf erhalten wir eine Antwort, wenn wir uns einmal die wichtigsten Positionen für die Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan 2013 ansehen.

Erträge

<u>Steuern und ähnliche Abgaben</u>	<u>49.356.000 EUR</u>
Grundsteuer A	90.000 EUR
Grundsteuer B	2.550.000 EUR
Gewerbesteuer	35.000.000 EUR
Anteile an der Einkommensteuer	9.000.000 EUR
Anteile an der Umsatzsteuer	1.600.000 EUR

Vergnügungssteuer	101.000 EUR
Hundesteuer	35.000 EUR
Leistung Familienlastenausgleich	980.000 EUR

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.814.820 EUR
Sonstige Transfererträge	332.000 EUR
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.356.000 EUR
Privatrechtliche Leistungsentgelte	764.400 EUR
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.055.605 EUR
<u>Sonstige ordentliche Erträge</u>	<u>2.869.736 EUR</u>
Ordentliche Erträge	62.548.561 EUR

Ordentliche Aufwendungen

Personalaufwendungen	8.083.138 EUR
Versorgungsaufwendungen	470.278 EUR
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.674.061 EUR
Bilanzielle Abschreibung	5.185.700 EUR
Transferaufwendungen	45.059.673 EUR
Gewerbesteuerumlage	3.600.000 EUR
Finanzierungsfonds Deutsche Einheit	3.500.000 EUR
Kreisumlage	24.158.024 EUR
laufende Zuweisungen	6.423.999 EUR
Soziale Leistungen	2.583.000 EUR
Umgestaltung Ortsdurchfahrt	2.000.000 EUR
Sonstige Transferaufwendungen	2.794.650 EUR
<u>Sonstige Ordentliche Aufwendungen</u>	<u>3.848.808 EUR</u>
Ordentliche Aufwendungen	72.321.658 EUR

Bei den Ordentlichen Aufwendungen bitte ich insbesondere den Abschreibungsbetrag in Höhe von 5.185.700 EUR zu beachten. Hier zeigt sich deutlich die starke und durchaus hochwertige sowie aufwendige Bautätigkeit unserer Stadt in den letzten Jahren.

Bezüglich der Kreisumlage kann ich nur das wiederholen, was ich auch in den letzten Jahren hierzu schon geäußert habe:

Ein generelles Problem in unserem Land ist es, dass wir für viel zu hohe finanzielle Aufwendungen eine viel zu ineffektive Verwaltung unterhalten. Dies gilt generell gesehen von der Bundesebene bis hinunter zu den Kommunen.

Und so reicht uns der Kreis im kommenden Jahr die deutlich erhöhte Landschaftsumlage weiter. Insgesamt erhöht sich die Kreisumlage im Jahr 2013 um gut 5,0 Millionen Euro, mehr als die Hälfte unseres Defizits liegt also hierin begründet.

Gut, dass wir im Rat gemeinsam den Mut und die Weitsicht gehabt haben, ein eigenes Jugendamt zu gründen; andernfalls würden wir heute sicherlich eine drei als erste Ziffer der Kreisumlage stehen.

Das negative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit in Höhe von 9.773.097 EUR konnte noch durch ein positives Finanzergebnis reduziert werden.

Finanzerträge	989.600 EUR
<u>abzüglich Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen</u>	<u>114.000 EUR</u>
Finanzergebnis	875.600 EUR
Reduziert also auf	<u>8.897.497 EUR</u>

Auch diese Zahl ist allerdings in negativer Hinsicht rekordverdächtig und sollte uns für die Zukunft nachdenklich stimmen.

Wir sollten in dieser Hinsicht einmal unsere eigene Vorgehensweise auf den Prüfstand stellen.

In Verl ist es üblich, dass die entsprechenden Fachausschüsse und der Rat Maßnahmen bereits im laufenden Jahr für das kommende Jahr beschließen, für die dann im Haushaltsplan die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Nach dem Motto „Es hat noch immer gut gegangen“ wird dabei die Machbarkeit unter finanziellen Aspekten nur selten erörtert. Das spiegelt auch der Haushaltsentwurf 2013 wider. So sieht das Produkt 5411 - Verkehrsflächen und Anlagen – Investitionen in Höhe von gut 5,0 Mio. EUR vor, die der Fachausschuss zum größten Teil bereits im Oktober beschlossen hat.

Eine derartige Vorgehensweise werden wir uns auf Dauer nicht leisten können. Das zeigt das jetzige Defizit mehr als deutlich auf. Wir sollten – wie auch andernorts üblich – für die entsprechenden Produkte – unter der Einschätzung der jeweiligen finanziellen Handlungsspielräume – Budgets einreichen und nach Erstellung einer entsprechenden Prioritätenliste dann die Realisierung in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herrn, lassen Sie mich jetzt konkret zu den größten vorgesehenen Investitionen des Kalenderjahres 2013 übergehen:

Straßenbau

Ausbau Brummelweg

700.000 EUR

Gleiwitzer Straße	600.000 EUR
Stahlstraße/Chromstraße	900.000 EUR
Reststrecke Industriestraße	<u>500.000 EUR</u>
	2.700.000 EUR

Sportanlage

Kaunitz, Kunstrasenplatz, Skaterbahn, etc. (ohne Grunderwerb)	1.000.000 EUR
--	---------------

Nach unserem Stadion an der Poststraße und der Anlage in Sürenheide soll auch in Kaunitz eine attraktive Einrichtung, in der die Bürger dieses Ortsteils sinnvoll ihre Freizeit gestalten können, entstehen.

Persönlich habe ich mich sehr über das tolle Engagement von zahlreichen Kaunitzer Jugendlichen und deren Eltern gefreut, die mich mehrmals im Rathaus aufgesucht haben, um aktiv bei der Realisierung der so sehnlich gewünschten Skateranlage ihre Ideen und Vorschläge einzubringen.

Mit allen Beteiligten ist jetzt ein Konzept erstellt worden, das nach meinem Dafürhalten eine baurechtliche Genehmigung der Anlage möglich macht.

Nicht nur dieses Engagement war vorbildlich, nein, die Jugendlichen haben auch angeboten, aktiv im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Errichtung der Skateranlage mitzuhelfen.

Grunderwerb

Erweiterung von Grundstücken zur dauerhaften Nutzung	2.700.000 EUR
Erwerb von Grundstücken in Baugebieten	<u>1.300.000 EUR</u>

4.000.000 EUR**Energieversorgung**

Erweiterung Fernwärmenetz	500.000 EUR
Bau eines Holzheizwerkes	<u>700.000 EUR</u>
	1.200.000 EUR

Bezüglich der Energieversorgung wird das Jahr 2013 ein entscheidendes Jahr werden. Die Konzessionsverträge laufen am 31. Oktober 2013 aus, und es gilt dann die entsprechenden Weichen für die Zukunft sinnvoll zu stellen.

Die entsprechenden Verhandlungen und Gespräche laufen zurzeit.

Der politische Wille ist eindeutig. Die Stadt Verl will sich bei dem Thema „Energieversorgung“ deutlich engagierter einbringen als bisher. Eigene Stadtwerke mit einem kompetenten Partner an der Seite werden in Erwägung gezogen.

Ich warne jedoch davor, dieses Projekt zu blauäugig anzugehen.

Eigene Stadtwerke bedeuten auch unternehmerisches Risiko, denn wo Chancen sind, gibt es nun mal auch Risiken.

Des Weiteren sollten wir uns voll dessen bewusst sein, dass gerade am Anfang einer solchen Entwicklung immense Investitionen auf die Stadt Verl zukommen würden. Ich nenne hier nur das Stichwort „Übernahme des Netzes“. Hier gilt es kühlen Kopf zu bewahren.

Erweiterung Kita Im Zwergenland **600.000,00 EUR**

Die Stadt Verl ist eine familienfreundliche Stadt. Und Rat und Verwaltung sind aktuell bemüht, alles nur Erdenkliche zu tun, um den gesetzlichen Anspruch der Eltern auf einen Kita-Platz zu erfüllen. So steht noch ein Ratsbeschluss auf der Agenda, dem zufolge ein komplett neuer Kindergarten zu errichten ist. Diesbezüglich beabsichtigen wir auch in den nächsten Wochen und Monaten auf unsere heimischen Betriebe zuzugehen, um deren Vorstellungen und Bedürfnisse genau abzufragen, und somit gerade das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Die jetzt vorgesehene Erweiterung der Kita „Im Zwergenland“ in Sürenheide ist auch eine Folge des durchaus positiv zu sehenden Bevölkerungszuwachses, gerade in diesem Ortsteil.

Bei dem Thema „Kindergärten“ fällt mir immer gleich auch der Begriff Konnexität ein. Gerade bei der Schaffung von Kindergartenplätzen bedeutet dies, dass Bund und Land beschlossene Zusagen und Standards auch selber zahlen müssen, und dies nicht den Kommunen aufbürden dürfen.

Sämtliche Kindergärten auf unserem Stadtgebiet sind in einem hervorragenden baulichen Zustand und verfügen insgesamt gesehen über einen sehr hohen Standard. Insoweit ist das sicherlich familienfreundlich zu nennen, auch wenn man einen Blick auf die von den Eltern zu erbringenden Gebühren wirft.

Wir dürfen jedoch nicht aus dem Auge verlieren, dass es in unserer Stadt Familien mit Kindern zunehmend schwerer fällt, bedarfsgerechten Wohnraum zu einer erschwinglichen Miete zu finden.

Hier besteht nach Ansicht der Verwaltung Handlungsbedarf. Das Thema „sozialer familiengerechter Wohnungsbau“ gehört im nächsten Jahr auf die Agenda. Denn auch zukünftig werden wir in Verl - so zumindest die

Prognosen - einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen können, wenn wir willens und in der Lage sind, die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Schulen

Marienschule, Energetische Sanierung	400.000 EUR
Erweiterung Gymnasium	<u>2.800.000 EUR</u>
	3.200.000 EUR

In der Regel sprechen wir bei diesen Baumaßnahmen über Investitionen in Bildung, sprich Zukunft.

Ich erlaube mir hier darauf hinzuweisen, dass attraktive architektonische hochwertige Gebäude nicht automatisch gute Bildung mit sich bringen werden. Hier sind alle am Bildungswesen Beteiligten, sprich Lehrer, Eltern, Schüler, Rat, Verwaltung etc., gefordert, zukünftig doch vielleicht bessere Ergebnisse als bisher zu erzielen. Es macht schon nachdenklich, wenn mir einheimische Betriebe berichten, dass das Grundwissen und die Leistungsbereitschaft der Schüler über die Jahre so nachgelassen hat, dass die Betriebe eigene Lehrkräfte engagieren müssen, um die offensichtlichen Defizite der Berufsanfänger aufzufangen. Ich würde mir wünschen, dass der alte lateinische Spruch „Non scholae, sed vitae discimus“ – Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir - im Schulalltag mehr beherzigt wird.

In diesem Sinne war es auch positiv, dass Rat und Verwaltung eine einheitliche und geschlossene Vorgehensweise zur Neugestaltung unserer Schullandschaft vor Ort gelungen ist. Ich persönlich bin zuversichtlich, dass wir unseren Kindern ab dem Schuljahr 2013/2014 mit dem Gymnasium und der Gesamtschule attraktive Schulen anbieten

können, die sie gut auf ihr zukünftiges Leben vorbereiten. Aber wie gesagt, hier gibt es noch viel zu tun.

Sorgen bereitet mir die Situation der Martinschule, die wir zusammen mit der Stadt Rietberg betreiben. Unter dem Stichwort „Inklusion“ wird derzeit der Versuch unternommen, möglichst viele Schüler in die Regelschule zu überführen. Dies mag sicherlich in dem einen oder anderen Fall erfolgreich gelingen. Und es ist sicherlich zu begrüßen, dass so früh wie möglich vermittelt wird, dass Menschen auch mit dem einen oder anderen Handicap selbstverständlich zu unserer Gesellschaft dazugehören.

Aber ich halte es für sehr wagemutig, ja sogar riskant, zu glauben, auf Förderschulen verzichten zu wollen. Die geplante Festsetzung von Mindestschülerzahlen ist ein Schritt in eine falsche Richtung. Auch hier erleben wir wieder, dass Ideologie vor Praktikabilität geht.

Spätestens dann, wenn Förderschulen nicht mehr in ausreichender Zahl ortsnah vorhanden sind, werden wir erkennen, wie sinnvoll sie waren. Deshalb warne ich davor, in der jetzigen Inklusions-Euphorie diese Schulen zu zerschlagen, nur um sie später mit teuren Mitteln wieder aufzubauen.

Die sonstigen Investitionen belaufen sich auf 4,3 Mio. EUR. Insgesamt wird die Stadt Verl im nächsten Jahr 17,0 Mio. EUR ausgeben, um die Infrastruktur unserer Stadt nachhaltig weiter zu verbessern. Auch in die Sicherheit unserer Bürger wird weiter investiert. So stehen in diesem Haushalt 375.000 EUR für die Anschaffung von Fahrzeugen für unsere Löschzüge bereit.

Ebenso soll das Feuerwehrgerätehaus in Kaunitz in den nächsten Jahren erweitert und renoviert werden. Hier sind zunächst Planungskosten in Höhe von 50.000 EUR vorgesehen. Und schließlich gilt es im Jahre 2013 gebührend den 100. Geburtstag unseres Löschzuges Verl zu feiern. Auch hierfür werden 10.000 EUR bereitgestellt.

Nicht als Investition, sondern als Aufwand enthalten sind 2,0 Mio. EUR, die für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt vorgesehen sind. Die ersten Gespräche mit dem Betrieb Straßen NRW sind hier durchaus positiv geführt worden, und ich bin zuversichtlich, dass wir im nächsten Jahr einen großen Schritt vorankommen werden, um die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt zu verbessern. Hierzu soll auch die Überplanung der „Bürmschen Wiese“ beitragen. Entsprechende Planungskosten sind auch im Haushalt 2013 vorgesehen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, im nächsten Jahr wird es sicherlich nicht langweilig, und es gibt für uns alle viel zu tun.

Angesichts der gut gefüllten Kasse wird sicherlich der ein oder andere zusätzliche Wunsch geäußert, aber es gilt nach wie vor, dass nicht alles Wünschenswertes auch machbar und sinnvoll ist. Auch in der Kommunalpolitik hört man oft den alten Spruch „Geben ist seliger denn Nehmen“, und manch einer neigt im Angesicht der näher kommenden Wahltermine dazu, Wohltaten zu verteilen.

Verantwortliche Finanzpolitik darf sich jedoch nie von kurzfristigen Zielen leiten lassen, sie sollten stets langfristig ausgerichtet sein. Und es liegen noch viele große Projekte vor uns. Ich nenne hier nur die Netzübernahme, Ablauf der Konzessionsverträge, neuer Standort für

den Bauhof, eventuell die Einrichtung eines ärztlichen Versorgungszentrums in unserer Stadt, Ortskerngestaltung, etc.

Vielleicht können wir auch zu einem passenden Zeitpunkt darüber nachdenken, ob es nicht sinnvolle und finanziell darstellbare Möglichkeiten gibt, die Nutzungsdauer unseres Freibades zu optimieren, also es vielleicht durch entsprechende bauliche Veränderungen auch über die eigentliche Freibadsaison hinaus nutzbar zu machen. Aber das ist Zukunftsmusik.

Nach wie vor sollte es unser gemeinsames Ziel sein, all diese Maßnahmen aus eigener Kraft und ohne Fremdmittel zu stemmen.

Und ein großes Damoklesschwert schwebt noch über uns: die „Solidarumlage“, vor geraumer Zeit noch als „Stärkungspaket“ ins Leben gerufen.

Wenn die Berechnung unseres Kreiskämmerers tatsächlich zutrifft, und die Stadt Verl aufgrund ihrer guten Steuereinnahmen per Saldo mit 9,0 Mio. EUR mehr belastet wird, bedeutet dies einen erheblichen Einschnitt in unsere Leistungs- und Handlungsfähigkeit.

Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, haben es ja bisher tunlichst unterlassen, sich in irgendeiner Weise zu diesem Thema öffentlich zu äußern. Ihr neuer Bundestagwahlkreiskandidat ist Ihnen da schon um einiges voraus. Er hat mir empfohlen, schlicht und einfach die Solidarumlage zu akzeptieren und dafür unsere Steuern und Abgaben einmal kräftig auf das von ihm so genannte „Normalmaß“ zu erhöhen. Ein toller Tipp.

Steuern zu erhöhen und dann umzuverteilen kann ein Jeder.
Treuhandisch und sorgfältig mit dem Geld anderer Leute umzugehen,
kann dagegen noch lange nicht jeder.

Die Solidarumlage ist ein weiteres Glied einer unendlich scheinenden
Kette von Entwicklungen, die ich mit großer Sorge beobachte.

Große Ballungsräume werden zurzeit schonungslos und dreist
bevorzugt, während der ländliche Raum nach und nach ausblutet. Diese
Aussage wird eindeutig durch die für 2013 geplanten
Finanzzuweisungen des Landes unterstrichen.

Die Kreise, Städte und Gemeinden in Ostwestfalen-Lippe sind hier mit
einem Minus von 43,6 Mio. EUR die eindeutigen Verlierer. Der Kreis
Gütersloh verzeichnet sogar einen Rückgang von 73,7 %.

Hiergegen müssen und werden wir uns zur Wehr setzen. Im Sinne der
Region hoffe ich parteiübergreifend.

Zur Solidarumlage sei nur noch folgendes ausgeführt. Oberflächlich mag
es ja zunächst positiv gesehen werden, wenn die Kommunen, die noch
relativ gut bei Kasse sind, ihren maroden Brüdern und Schwestern
helfen. Aber es ist für mich grotesk, dass die, die gut und sorgfältig
gewirtschaftet haben, bestraft werden und diejenigen sponsern müssen,
die über Jahrzehnte hinweg das Geld zum Fenster hinausgeworfen
haben. Viele solcher Beispiele lassen sich jedes Jahr im Schwarzbuch
des Bundes der Steuerzahler nachlesen. In der aktuellen Ausgabe 2012
stammen von den bundesweit rund 100 aufgelisteten Fällen 19 aus
Nordrhein-Westfalen. Betroffen sind ausschließlich Kommunen, viele
davon im Ruhrgebiet, und viele mit erheblichen finanziellen
Schwierigkeiten. Dazu stellt Heinz Wirtz, der Vorsitzende des BdSt in
NRW, fest: "Den Städten geht es nicht nur deshalb schlecht, weil ihnen

hohe Sozialkosten aufgelastet werden. Es geht ihnen auch schlecht, weil sie Geld zum Fenster rauswerfen."

Zum Beispiel in Dortmund. Beim U-Turm, einem Zentrum für Kunst und Kreativität, sind nicht nur die Baukosten explodiert, sondern aufgrund von Fehlkalkulation auch die Betriebskosten – von ursprünglich geschätzten 3,2 Millionen Euro pro Jahr auf nun über zehn Millionen.

Haarsträubend ist auch das Beispiel der Stadt Hagen, wo 2009 ein Museum zu Ehren des aus Hagen stammenden Künstlers Emil Schumacher eröffnet wurde. Die Folgekosten des Museums liegen heute fast eine Million höher als bei den Planungen berechnet, weil der Stadtrat bei der Kalkulation mehrere wichtige Positionen schlicht vergessen hatte.

Wenn klamme Kommunen so abenteuerlich und unverantwortlich wirtschaften, dann wirft dies auf den Aspekt der „Gerechtigkeit“ bei der Solidarumlage ein ausgesprochen zweifelhaftes Licht.

Darüber hinaus monieren Finanzexperten zunehmend steigende Gehälter und Personalkosten in städtischen Tochtergesellschaften hochverschuldeter Kommunen in NRW. Auch der Bund der Steuerzahler beobachtet diese Entwicklung mit Argwohn: „Kommunale Gesellschaften entwickeln schnell ein Eigenleben, und mit diesen Gesellschaften entstehen Schattenhaushalte“, meint Vorstandsmitglied Eberhard Kanski.

Und wenn aus solchen Fehlern nicht gelernt wird – was leider zu befürchten steht –, dann gilt hier das gleiche wie das, was ich zu Beginn meiner Ausführung zur europäischen Finanzsituation ausgeführt habe.

Es droht die Gefahr, dass entsprechende Umlagen verpuffen und die Retter mit in den Abgrund gezogen werden. Nur durch Umverteilen wird kein kommunaler Haushalt gesund.

Wir werden diese Entwicklung weiter sorgfältig beobachten und sicherlich auch nicht davor zurückschrecken, sämtliche mögliche Rechtsmittel auszuschöpfen.

Schließen möchte ich meine Ausführung zum Haushalt 2013 mit einem Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss, der gesagt hat:

„Sparen, das ist die goldene Mitte zwischen Geiz und Verschwendung“.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lassen Sie uns weiter sparsame Politik für unsere Stadt und ihre Menschen machen.

Ich danke für die gute sachliche Zusammenarbeit im sich neigenden Jahr und wünsche Ihnen und Ihren Familien noch eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit sowie uns allen viel Freude und gutes Gelingen bei der Beratung des Haushaltes 2013 der Stadt Verl.